

27.01.2022

ABSCHLUSSBERICHT

Multitreffen von RAN FC&S

23.–24. November 2021, Online-Treffen

Gewaltbereiter Rechtsextremismus in Gemeinschaften

Wesentliche Ergebnisse

Das RAN-Treffen der Arbeitsgruppe Families, Communities and Social Care (FC&S) thematisierte gewaltbereiten Rechtsextremismus in Gemeinschaften. Im Rahmen der Konferenz wurde eruiert, wie gewaltbereite rechtsextremistische Gruppen auf lokaler Ebene in Erscheinung treten, und es wurden Methoden für administrative wie zivilgesellschaftliche Ansätze ausgetauscht, die der Prävention von oder dem Umgang mit lokalen Aktivitäten gewaltbereiter RechtsextremistInnen dienen. Am Treffen nahmen 25 PraktikerInnen teil, darunter LeiterInnen lokaler zivilgesellschaftlicher Initiativen sowie lokale KoordinatorInnen, die mit Prävention und Bekämpfung des gewaltbereiten Extremismus (P/CVE) befasst sind.

Die wichtigsten Empfehlungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Vor der Aufstellung von Strategien und/oder Initiativen gegen gewaltbereiten Rechtsextremismus **muss das Problem klar definiert werden**, damit es behandelt werden kann. Zudem ist ein allgemeines Verständnis der lokalen Gemeinschaft darüber, was gewaltbereiter Rechtsextremismus ist, notwendig.
- **Stigmatisierung** durch Brandmarkung ganzer Personengruppen als gewaltbereite RechtsextremistInnen und eine falsche Interpretation des Phänomens **müssen vermieden werden**, da dies zu nicht zielführender Stereotypisierung führen und Polarisierung fördern kann.
- **Es müssen klare Ziele für die Zusammenarbeit** zwischen verschiedenen AkteurInnen (z. B. aus Polizei, Gemeinde, zivilgesellschaftlichen Organisationen) gesetzt und die jeweilige Rolle bei der Bekämpfung von gewaltbareitem Rechtsextremismus besprochen werden. Ein indirekter Ansatz kann zur Findung einer gemeinsamen Motivation für alle AkteurInnen beitragen (weitere Informationen dazu finden Sie in diesem Beitrag).
- Die von gewaltbereiten rechtsextremen Bewegungen eingesetzten Kampagnen oder Mobilisierungsinstrumente können zur **Orientierung** dienen, wenn eigene alternative Veranstaltungen organisiert und positive Narrative gefördert werden sollen.

Dieser Beitrag gibt einen Überblick über die zentralen Punkte des Treffens und stellt einige inspirierende Praktiken in der EU vor. Darauf folgen Empfehlungen für PraktikerInnen an vorderster Front und (lokale) Behörden.

Zentrale Punkte des Treffens

Transnationale Dimensionen von gewaltbereiten rechtsextremistischen Bewegungen

Obwohl Gewalt durch rechtsextremistische Bewegungen häufig auf lokaler Ebene stattfindet, müssen nicht nur individuelle/lokale rechtsextremistische Gewalttaten verfolgt, sondern auch die transnationale Verknüpfung gewaltbereiter rechtsextremistischer Bewegungen berücksichtigt werden.

Eine neue Studie vom Counter Extremism Project (November 2020) verdeutlicht, dass um das Jahr 2014 eine führungslose, transnationale und apokalyptische gewaltbereite rechtsextremistische Bewegung aufkam. Ein typisches Merkmal dieser Bewegung ist unter anderem die Selbstdarstellung als Opfer von linksextremistisch dominierter Politik, Migration und Flüchtlingsbewegungen und/oder einer jüdischen Weltverschwörung (CEP, 2020). Zudem entwickeln sich nationale gewaltbereite rechtsextremistische AkteurInnen, Netzwerke und Szenen immer mehr zu einem „unorganisierten Kollektiv“. Dieses Gemenge verschiedener Gruppen/Personen wird jedoch durch gemeinsame Wertvorstellungen, Feindbilder und Narrative zusammengehalten, die den Niedergang der gesamten „weißen Rasse“ und nicht nur der jeweiligen nationalen „Völker“ heraufbeschwören ⁽¹⁾.

Gewaltbereite rechtsextremistische Bewegungen konnten in den letzten Jahren beispielsweise durch größere Veranstaltungen und umfassendere Geldmittel an Bedeutung gewinnen. Großveranstaltungen, die über mehrere Länder hinweg organisiert werden, bieten häufig die perfekte Gelegenheit, neue Mitglieder anzuwerben, Kontakte zu knüpfen, GeldgeberInnen zu gewinnen und Propagandamaterialien/Merchandising-Artikel zu verbreiten, z. B. bei:

- politischen Märschen und Kundgebungen
- Festivals mit bis zu 6 000 Teilnehmenden
- Großveranstaltungen für Mixed Martial Arts

Ein weiteres Merkmal rechtsextremistischer Infrastruktur, das beim Treffen vorgestellt wurde, besteht in der Nutzung des Internets. Die starke Online-Präsenz gewaltbereiter rechtsextremistischer Bewegungen hängt nicht notwendigerweise mit der Offline-Bedrohung durch sie zusammen, unterstützt die Verbreitung ihrer Botschaft aber immens. Einige HauptakteurInnen des gewaltbereiten Rechtsextremismus verfolgen eine neue Strategie der „Normalisierung von Extremismus“ auf großen Social-Media-Plattformen, wo sie sich auf wirtschaftliche Interessen (z. B. Merchandising-Artikel, Musiklabels) konzentrieren, um neue KundInnen und AnhängerInnen zu gewinnen².

Auswirkungen und Gegenmaßnahmen in Städten und Gemeinschaften

Beim Treffen wurden mehrere Beispiele dafür aufgeführt, wie gewaltbereite rechtsextremistische Gruppen lokale Gemeinschaften überall in der EU beeinflussen. Entsprechend den oben beschriebenen Narrativen der transnationalen gewaltbereiten rechtsextremistischen Bewegungen haben die Gruppen in diesen Städten und Gemeinschaften z. B. LGBTI-Communitys, „Liberale“ und Juden (und andere) als gemeinsames Feindbild. Je nach Kontext wird Gewalt oder Einschüchterung gegenüber diesen Gemeinschaften jedoch auf unterschiedliche Weise gerechtfertigt. Die folgende Tabelle fasst die Erkenntnisse zur Wirkung der Bewegung auf einige Gemeinschaften sowie die lokalen Reaktionen durch die Gemeinde und zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen.

⁽¹⁾ Weitere Informationen zu transnationalen Merkmalen des gewaltbereiten Rechtsextremismus finden Sie in: Counter Extremism Project (2020): [Violent Right-Wing Extremism and Terrorism – Transnational Connectivity, Definitions, Incidents, Structures and Countermeasures](#).

² CEP Policy Brief, November 2021, [The extreme right-wing infrastructure on Facebook, Instagram, YouTube and Twitter in Germany](#)

<p>Fall 1: In Bulgarien waren in den letzten Jahren vermehrt LGBTIQ+-Communitys und ihre Bemühung um Gleichberechtigung das Ziel gewaltbereiter RechtsextremistInnen. 2021 kam es zu noch mehr Gewalt und es gab über 20 Angriffe auf LGBTI-Versammlungen und -Veranstaltungen, insbesondere bei Pride-Veranstaltungen in zwei großen Städten, doch auch Hassrede, verschiedenste Arten der Provokation sowie tätliche Angriffe auf Grundstücken lokaler LGBTI-Zentren nahmen zu. Diese Gruppen gewaltbereiter RechtsextremistInnen betrachten LGBTI-Personen und -Communitys als Feinde traditioneller Familien und Werte, die eine alternative Gesellschaft ohne Heterosexuelle anstreben und Kinder mit „liberalen“ Werten und „Genderideologie“ verderben wollten.</p>	<p>Fall 2: Ein weiteres lokales Beispiel ist die Verwicklung der Skinhead-Subkultur unter anderem in Fußballkrawalle, Hassverbrechen, Graffiti, Demonstrationen, Vandalismus und die Schändung jüdischer Friedhöfe. Die Erfahrungen in einer mittelgroßen polnischen Stadt innerhalb einer ländlichen Region zeigen, dass solche Vorfälle auf lokaler Ebene einen Umkehrpunkt darstellen können, durch den ein Impuls für lokale Maßnahmen entsteht, insbesondere wenn es eine Zusammenarbeit zwischen aktiven zivilgesellschaftlichen Organisationen und progressiven politischen Führungspersonen gibt, die sich offen gegen gewaltbereiten Rechtsextremismus stellen.</p>	<p>Fall 3: In Dortmund führten mehrere Ereignisse zu einem Bruchpunkt für die Stadt, an dem entscheidende Maßnahmen ergriffen und eine holistische Strategie ausgearbeitet wurden: Der Einstieg schon lange bestehender Gruppierungen aus gewaltbereiten RechtsextremistInnen in öffentliche Räume (was die Medien veranlasste, die Stadt als „Hochburg“ des gewaltbereiten Rechtsextremismus zu bezeichnen) sowie eine sehr aufmerksame und aktive lokale Zivilgesellschaft, die aufgrund der sich verschlimmernden Situation frustriert war.</p>
<p>Ein Beispiel für die lokale Reaktion: Die lokale LGBTI-Community startete eine Gegenbewegung, die sich in Anwaltschaft, positiven sozialen Sensibilisierungskampagnen (z. B. vor nationalen Wahlen, „Vote with Love“) und Petitionen zur schärferen Ahndung von Hassverbrechen niederschlug.</p>	<p>Ein Beispiel für die lokale Reaktion: Die obigen Vorfälle führten zur Schaffung einer sektorübergreifenden lokalen Fachkräftegruppe aus rund 20 Personen, die vom Institut für soziale Sicherheit gestartet wurde. Die Gruppe brachte Teilnehmende aus der Stadt, aktiven NROs, Polizei und Institutionen für Kultur und Sport zusammen, die sich alle zwei Monate treffen. Während ihrer Workshops entwickelten sie über 60 verschiedene Maßnahmen, die von der Stadt oder Gemeinschaft in dieser Situation ergriffen werden können, passend zum lokalen Kontext (z. B. Vorträge an Schulen, Zusammenarbeit mit der lokalen jüdischen Gemeinschaft und Aufbau einer Kooperation mit Stadtgarde und Polizei).</p>	<p>Ein Beispiel für die lokale Reaktion: Als Reaktion darauf entwickelte die Stadtverwaltung einen lokalen Aktionsplan gegen gewaltbereiten Rechtsextremismus und ernannte einen Sonderbeauftragten für Vielfalt, um InteressenvertreterInnen zusammenzubringen und einen Grundstein für die Teilnahme der BürgerInnen beim Umgang mit gewaltbereitem Rechtsextremismus auf lokaler Ebene zu legen. Das neue Amt für Vielfalt mit Nähe zum Bürgermeisteramt stellt sicher, dass die Probleme ernst genommen werden und die Zivilgesellschaft direkteren Kontakt zur Stadtverwaltung hat.</p>

<p>Kernpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Bei Entwicklung von Sensibilisierungskampagnen als Reaktion auf Aktionen von gewaltbereiten RechtsextremistInnen sollte die Hemmschwelle zur Teilnahme gesenkt werden, indem positive Botschaften vermittelt werden, mit denen sich möglichst viele identifizieren können, und ein Handlungsauftrag eingebaut wird. 	<p>Kernpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Auffinden einer gemeinsamen Plattform beim Zusammenbringen verschiedener InteressenvertreterInnen am Tisch, z. B. öffentliche Sicherheit. ➤ Berücksichtigung der städtischen Kontexts: In größeren Gemeinden kann es aufgrund komplexerer Strukturen schwieriger sein, an lokale Behörden heranzutreten und sie einzubeziehen. 	<p>Kernpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Zivilgesellschaftliche Organisationen und lokale Behörden sind Schlüsselfaktoren für den Erfolg der lokalen Strategie. Maßnahmen im Rahmen der lokalen Strategie sollten gemeinsam von zivilgesellschaftlichen Organisationen und den Behörden ergriffen werden. Darunter fallen beispielsweise aktive Berichterstattung, die Entfernung von Graffiti oder Propaganda von öffentlichen Plätzen, regelmäßige Treffen am runden Tisch zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu Bedrohungen und Maßnahmen, die Einrichtung einer speziellen Polizeikommission für gewaltbereiten Rechtsextremismus und der Aufbau eines Netzwerks gegen Antisemitismus.
--	--	---

Neben den oben genannten Beispielen diskutierten die Teilnehmenden verschiedene Herausforderungen für Gemeinschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen durch Mainstreaming und Normalisierung von gewaltbareitem Rechtsextremismus im öffentlichen Raum und in der Politik. Dies könnte unter anderem an der Nachlässigkeit lokaler EntscheidungsträgerInnen liegen, entschieden gegen einige Erscheinungsformen des gewaltbereiten Rechtsextremismus vorzugehen, sowie an polarisierter öffentlicher Meinung auf lokaler Ebene, was zivilgesellschaftlichen Organisationen erschwert, Unterstützung für ihre Initiativen zu finden.

Weitere inspirierende Beispiele

1. Die „[Omas gegen Rechts](#)“ sind in mehreren Städten und Ländern aktiv und nehmen bezüglich bedrohlicher Entwicklungen in ihren Städten, z. B. Antisemitismus, Rassismus und Frauenfeindlichkeit, kein Blatt vor den Mund.
2. Die Basisinitiative „[Not in Our Town](#)“ steigert die Wahrnehmung und mobilisiert und plant Präventionsmaßnahmen für die allgemeine Öffentlichkeit und in Schulen als Reaktion auf den gestiegenen gewaltbereiten Rechtsextremismus in ihrer Stadt Banská Bystrica, Slowakei.

Empfehlungen

Die Hauptempfehlungen für PraktikerInnen (z. B. zivilgesellschaftliche Organisationen und lokale KoordinatorInnen) und Behörden werden im Folgenden zusammengefasst.

Erkenntnisse für PraktikerInnen

Das anzugehende Problem sollte klar definiert werden:

- Vor einer Aktion sollte in einer Stadt/Gegend/Gemeinde/Gemeinschaft auf Grundlage verfügbarer Befunde und lokaler Einschätzung der Bedrohungen und Erscheinungsformen ein klares Verständnis davon geschaffen werden, was gewaltbereiter Rechtsextremismus ist.
- Es bedarf eines breiten und inklusiven Dialogs, aber enger (spezifischer) Ziele bezüglich den zu lösenden Problemen und der Vorgehensweise. Es kann hilfreich sein, dem dreistufigen Präventionsmodell aus Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention zu folgen.

Stigmatisierung durch Brandmarkung ganzer Personengruppen als gewaltbereite RechtsextremistInnen und eine falsche Interpretation des Phänomens muss vermieden werden, da sie zu nicht zielführender Stereotypisierung und weitflächiger Verallgemeinerung führen können:

- Am Dialog auf lokaler Ebene sollten verschiedene Gruppen teilnehmen (konservative und progressive Kreise).
- Es müssen alle Formen des Extremismus bekämpft werden, nicht nur gewaltbereiter Rechtsextremismus, um Stigmatisierung und das Spielen von Opferrollen zu vermeiden.

Es müssen klare Ziele für die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen AkteurInnen (z. B. Gemeinde, Polizei, zivilgesellschaftliche Organisationen, Institutionen für Kultur und Sport) gesetzt und die jeweilige Rolle bei der Bekämpfung von gewaltbareitem Rechtsextremismus besprochen werden:

- Wenn es im individuellen Kontext schwierig ist, Unterstützung für den Umgang mit gewaltbareitem Rechtsextremismus zu finden, ist ein indirekter Ansatz ⁽³⁾ empfehlenswert.
- Im Mittelpunkt sollten Themen stehen, bei denen eine gemeinsame Plattform für verschiedene AkteurInnen in der Gemeinschaft besteht, z. B. öffentliche Sicherheit, Entfernung von Graffiti, Verringerung bestimmter Gewaltformen oder Vorgehen gegen die Verbreitung von Verschwörungsnarrativen und Desinformation.

Indirekter Ansatz

Ziele: Der indirekte Ansatz kann bei Primär-/Sekundärprävention verfolgt werden, um keine emotionalen Reaktionen und/oder Abwehrmechanismen auszulösen.

Mit seiner Hilfe können besonders kontroverse Themen wie Politik, Extremismus, Religion, Antisemitismus, Antifeminismus und weitere diskutiert werden.

- Beispiel für eine Leitfrage: Wie möchten wir zusammenleben?
- Ausführlicher Austausch über Vorstellungen von Werten, Freiheit, Pflichten und gesellschaftlichen Regeln und zur Zusammenarbeit dabei.
- Voraussetzungen: ein „sicherer Raum“ ohne Toleranz für Extremismus und ExtremistInnen. Dementsprechend sollten die Diskussionsregeln im Voraus festgelegt und durchgesetzt werden.

⁽³⁾Weitere Informationen zu einem Beispiel finden Sie hier: <https://www.bigs-potsdam.org/forschung/abgeschlossene-projekte/integration-auf-augenhoeh/>

Die von gewaltbereiten rechtsextremen Bewegungen eingesetzten Kampagnen oder Mobilisierungsinstrumente können zur Orientierung dienen, wenn eigene alternative Veranstaltungen organisiert und positive Narrative gefördert werden sollen.

Dabei muss an die Sicherheit der PraktikerInnen gedacht werden, zu deren Arbeitsbereich gewaltbereiter Extremismus gehört.

Workshop für (lokale) Behörden

Für lokale Behörden müssen Schulungen verfügbar sein, um sie bei der strategischen Priorisierung bei der Bekämpfung des gewaltbereiten Rechtsextremismus zu unterstützen:

- Sie müssen darin geschult werden, die Zentren, sprich die „Macher“ der gewaltbereiten rechtsextremistischen Milieus, zu erkennen, zu verstehen und mit ihnen umzugehen, sowie die Hauptnarrative verbreiten und Unterstützern Verknüpfungsmöglichkeiten bieten.
- Dabei muss berücksichtigt werden, dass ein zu starker Fokus auf den Randbereich das Gefühl von Stigmatisierung und das Beanspruchen der Opferrolle begünstigen können.

Es ist eine Strategie der „strategischen Störung“ zu befolgen.

- Verbot und Benennung gewaltbereiter rechtsextremistischer Organisationen können mit behördlichen Interventionen kombiniert werden, z. B. Verbot von Alkohol auf ihren Veranstaltungen (wie Märsche oder Demonstrationen) oder Ausweiskontrollen bei Veranstaltungsteilnehmenden. Ähnlich wie bei der Bekämpfung von (organisiertem) Verbrechen sollten gemeinsame Ermittlungen bezüglich illegaler finanzieller Aktivitäten von gewaltbereiten rechtsextremistischen Netzwerken intensiviert werden, wobei verschiedene Strafverfolgungsbehörden in einer Taskforce zusammenarbeiten.

Es muss auf Unternehmen zugegangen werden, die wissentlich oder unwissentlich mit gewaltbereiten RechtsextremistInnen zusammenarbeiten und ihre kommerziellen Aktivitäten unterstützen. Ein Bewusstsein muss geschaffen und das Risiko auf Rufschädigung hervorgehoben werden sowie diese Zusammenarbeit öffentlich gemacht und/oder wegen potenziellem Steuerbetrug ermittelt werden. Zudem muss den Unternehmen bewusst gemacht werden, dass sie ihre Geschäftsbedingungen durchsetzen und Profile entsprechender Gruppen löschen müssen, da einige gewaltbereite rechtsextremistische Bewegungen ihre Online-Strategien angepasst haben und soziale Medien und Videoplattformen nutzen, um BenutzerInnen auf ihre Propaganda und Online-Shops umzuleiten.

Das allgemeine Verhältnis zu zivilgesellschaftlichen Organisationen sollte verbessert werden, bevor der zivilgesellschaftliche Sektor in die Bekämpfung des gewaltbereiten Rechtsextremismus mit einbezogen wird. Dazu gehört auch eine langfristige Finanzierung.

Folgebmaßnahmen

Die Evaluation der lokalen Initiativen und Strategien gegen gewaltbereiten Rechtsextremismus wurde auch Teilnehmenden als wichtiges noch weiter zu untersuchendes Feld angeführt. PraktikerInnen hatten zudem den Eindruck, dass sie lernen müssen, Anzeichen von gewaltbereitem Rechtsextremismus besser erkennen und eingrenzen zu können sowie informiertere Entscheidungen bezüglich der Interventionen bei bestimmten Aktionen/Anzeichen treffen zu können.

Weiterführende Literatur

- Konsolidierter RAN-Übersichtsbeitrag: [Heutige Erscheinungsformen des gewaltbereiten Rechtsextremismus in der EU: Ein Überblick über Praktiken der P/CVE-Arbeit](#), 2021
- RAN Focus: [Gewaltbereiter Extremismus im Fokus](#), 2020
- Konsolidierter RAN-Übersichtsbeitrag: [Far-right extremists' use of humour](#), 2021
- [Gewaltbereiter Rechtsextremismus in der lokalen Strategie](#), 2020
- RAN-Faktenheft [Rechtsextremismus](#) (2019)
- RAN-Abschlussbericht – ExpertInnentreffen in kleiner Runde: [The Role of Hotbeds of Radicalisation](#), 2020
- RAN Webinar-Auszüge: [Lokale Aspekte des transnationalen Rechtsextremismus – Erfahrung aus der Praxis](#), 2021
- CHAMPIONS: [European concerns – local interventions. City-based approaches in CHAMPIONS](#), 2021
- Counter Extremism Project: [Violent Right-Wing Extremism and Terrorism – Transnational Connectivity, Definitions, Incidents, Structures and Countermeasures](#), 2020
- Europarat: [Protecting LGBTI people in the context of rising anti-LGBTI hate speech and discrimination: The role of local and regional authorities](#), 2021
- C-REX RTV Trend Report 2020: [Right-Wing Terrorism and Violence in Western Europe, 1990–2019](#)